

---

# Radikaler Umbau

## *Die Internationale Bauausstellung in Hamburg-Wilhelmsburg als Labor der neoliberalen Stadtentwicklung*

**PETER BIRKE**

*«Wir warten auf diesen Trickle-down-Effekt nunmehr seit dreißig Jahren vergeblich.»  
Paul Krugman, 2008*

Am 3. November 2013 schlossen sich die Tore der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Hamburg-Wilhelmsburg.<sup>1</sup> Die IBA ist stolz auf die 100 000 Quadratmeter Bürofläche, die in ihrem Rahmen neu gebaut wurden, ebenso wie auf die Sanierung von 1200 Wohnungen (IBA 2013: 21). Die Tonnenlogik, mit der sie sich präsentierte, legt die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen des umstrittenen Projekts nahe: Waren doch die Sanierungen ein wesentlicher Teil der anziehenden Mietpreisschraube in einigen der ärmsten Quartieren Hamburgs, während bei einem Leerstand von mittlerweile über einer Million Quadratmeter Geschossfläche kaum von einer Verknappung von Büroraum gesprochen werden kann. Darüber hinaus hat die Internationale Gartenschau (igs) im Gleichklang mit der IBA in Wilhelmsburg einen der größten Parks des Hamburger Stadtgebiets einzäunen lassen, wobei etwa 5000 Bäume gefällt und durch gärtnerisch pflegeleichte Flächen ersetzt wurden. Immerhin war die Belastung durch den Tourismus im Stadtteil eher mäßig, denn die igs war, was die Besucherzahlen betrifft, auch aus Sicht der bürgerlichen Medien und der Hamburger CDU eine Katastrophe – sie hinterlässt dem städtischen Haushalt in Zeiten der «Schuldenbremse» ein Minus von rund 37 Millionen Euro (*Hamburger Abendblatt*, 15.10.2013).

### **Sprung**

Für viele Bewohner zwischen Norder- und Süderelbe waren nicht alleine jahrelange Dauerbaustellen die Folge der beiden Events, sondern auch Mieterhöhungen, Inwertsetzung und Landnahme eines großen Naherholungsgebietes und im schlimmsten Fall der Zwang, sich eine bezahlbare Wohnung in einem anderen, noch ärmeren Stadtteil zu suchen.

Begleitet von vehementen Protesten vor Ort, handelte es sich bei der IBA und der igs dennoch um ein Schaufenster der Hamburger Stadtpolitik. Beide Unternehmungen waren Teil eines vor einem runden Jahrzehnt eingeleiteten Projekts, das den Umbau etlicher Quartiere auf den Elbinseln forcierte. Als sog. «Sprung über die Elbe» schließt dieser Umbau zugleich an die Neubauprojekte im innenstadtnahen Hafengebiet («HafenCity») an und ist insofern das zweite große Vorzeigeprojekt der «unternehmerischen Stadt», als die sich Hamburg seit fast drei Jahrzehnten in Konkurrenz zu anderen deutschen und internationalen Großstädten platzieren will.

Der IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg nennt in seiner aktuellen Bilanz die IBA einen «Ausnahmestand» – anders sei es heute nicht möglich, bürokratische Hindernisse und parlamentarisches Zaudern auf dem Weg zur «Stadt des 21. Jahrhunderts» aus dem Weg zu räumen (Hellweg 2013a: 20f.). Allerdings habe insbesondere die Hamburger Verwaltung (und hier wird die *Hamburg Port Authority* gesondert erwähnt<sup>2</sup>) den Ansinnen der IBA im Weg gestanden, während die Kritik aus der lokalen Bevölkerung an den steigenden Mieten in eine zwar verständliche, aber völlig unbegründete «Befürchtung» umgedeutet wird.

Die Publikationen der IBA sind, entsprechend ihrer zentralen Funktion im Stadtmarketing, geradezu Legion. Auch die letzten Statements ihres Geschäftsführers enthalten interessante Setzungen.<sup>3</sup> Da wäre zunächst die Distanz zur «Bürokratie» parlamentarisch-demokratischer Prozesse. Diese teilt Hellweg mit vielen Geschäftsführern des Stadtmarketings und aus der Immobilienwirtschaft. Dabei ist die 2004 durch einen Beschluss des Senats ins Leben gerufene und seit 2007 auf den Elbinseln präsente IBA ein Kind der städtischen Politik. Es ist eine GmbH, die zu 100% der Stadt Hamburg gehört. Auch hinsichtlich der Organisationsform ist die Hafencity GmbH (früher: Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung, gegründet 1995) das Modell. Diese aus dem parlamentarischen Prozess «ausgelagerte» Gesellschaft war für die Umstrukturierung des östlichen ehemaligen Freihafens verantwortlich, der für Logistik, Schifffahrt und Hafenindustrie wegen des Wachstums des Containerhafens und der Logistik in Richtung Süder- und Unterelbe seit rund zwei Jahrzehnten nicht mehr interessant.<sup>4</sup>

Bemerkenswert ist, wie Hellweg diesen Bezug herstellt, indem er ein Motiv aus früheren Zeiten der Hamburger Selbstinszenierung als «unternehmerische Stadt» zitiert. Zu ihrer eigenen Geschichte schreibt etwa die Hafencity GmbH auf ihrer Webseite: «Nachdem die Hafenskapazitäten [seit den 1980er Jahren, P.B.] verstärkt südlich der Elbe ausgebaut wurden, fielen zentrale Lagen am Nordufer des Flusses vermehrt brach ... Nur wenige Persönlichkeiten wurden zunächst in das Vorhaben [der Umwidmung des Hafengebiets für anderweitige Zwecke und der Privatisierung der Flächen] eingebunden. Wäre Voscheraus Plan frühzeitig bekannt geworden, hätte dies den Widerstand der Hafengewirtschaft ... und somit höhere Kosten bedeutet.» (Hafencity GmbH 2013.)

Der Umbau des innerstädtischen Hafensands sei nur möglich gewesen, weil ein charismatischer Bürgermeister das Ganze am Stadtparlament vorbei organisierte. In Wirklichkeit ist dieses Vorgehen wenig originell. So ist das Outsourcing der Verantwortung für die Stadtplanung sowie der Veräußerung zentraler Flächen an private Investoren eine Form der indirekten Privatisierung, eine Form, die für traditionell sozialdemokratisch regierte Städte als geradezu charakteristisch bezeichnet werden kann – man vergleiche etwa die Konstruktion der *Ørestad*-Gesellschaft in Kopenhagen oder die Bebauung der Wasserkante am Hafen von Oslo. Es ist eine Entwicklung, die durch die Ökonomisierung öffentlicher Aufgaben ergänzt wird, die schrittweise von der formalen Selbstständigkeit städtischer Einrichtungen hin zu einer «Vollprivatisierung» verläuft. Diese Tendenz lässt sich insbesondere für die 1990er und 2000er Jahre in Hamburg in unterschiedlicher Tiefe in Krankenhäusern, Schulen, der Energieversorgung oder in Pflegediensten ausmachen<sup>5</sup>; und auch in bezug auf den Wohnungsbau wird in der Folge die Effizienz der Versorgung mit ihrer Profitabilität gleichgesetzt. So wurde etwa auch die städtische Woh-

nungsbaugesellschaft SAGA/GWG als mit Abstand größter Hamburger Vermieter de facto mit dem Auftrag versehen, in ihrem Bestand optimale Verwertungsbedingungen zu sichern und die alljährlichen Rekordgewinne regelmäßig an den maroden städtischen Haushalt abzuführen.

In diesem Kontext nimmt der Spielraum für «parastaatliche» Unternehmungen aller Art zu – die IBA GmbH hatte vorrangig die Aufgabe, die Funktion öffentlicher Flächen diskursiv umzudeuten und diese an private Investoren zu veräußern. Zu diesem Zweck wiederum beschäftigte sie zahllose Subunternehmen, die nicht nur für das Marketing, sondern beispielsweise auch für die sozialwissenschaftliche Begleitung oder die ebenso kampagnenartige wie punktuelle «Partizipation» zuständig waren. Vor allem letzterem kommt im Prozess der Umdeutung von Quartieren eine besondere Bedeutung zu. Für die IBA – aktiv in einem «Problemviertel», das im Gegensatz zur Hafencity schon vor dem Antritt der IBA Wohnort für über 55 000 Menschen war – war, anders als für die Hafencity GmbH, die Mobilisierung der Bevölkerung im Sinne einer Aufwertung des Stadtteils entscheidend, während die strukturellen stadtpolitischen Entscheidungen an keinem Punkt zur Disposition standen. Entscheidend bleibt die ökonomische Funktion des Stadtmarketings: Laut Bilanz der IBA habe sie bei einem Eigenetat von etwas mehr als 100 Mio. Euro (private) Investitionen von rund 700 Mio. Euro ausgelöst (Hellweg 2013: 42).

## Brachland

*There is no alternative* – dieses Motto zieht sich nicht nur durch die Argumentation der Politiker in der Pionierzeit Hamburgs als «unternehmerische Stadt», sondern findet sich noch immer in den derzeit bilanzierenden Texten der IBA. Es ist ein Ausdruck des Kampfes um eine, angesichts der Anfechtungen durch die sozialen Bewegungen oder die Proteste von Mietern zunehmend prekäre, Diskurshegemonie. Die «postdemokratischen» Züge, die im IBA-Konzept sehr viel deutlicher werden als in der Neubaugentrifizierung, die in der Hafencity zu besichtigen ist, brauchen dabei eine «fordistische» Kontrastfolie. Früher, so heißt es in hunderten von Veröffentlichungen der IBA und ihrer Partner, sei Wilhelmsburg ein Ort in der «Abwärtsspirale» gewesen, heute dagegen habe man das Blatt gewendet. Dabei ist der «Sprung über die Elbe» ohne den Kontext einer Stadtpolitik kaum zu begreifen, die sich auch konzeptionell vom Ziel verabschiedet hat, vermittelnd in die städtischen sozialen Konflikte einzugreifen (kritisch hierzu bereits Volkmann 2008). Diese Politik, die seit der Rezession der 1980er Jahre, die in Hamburg massive Auswirkungen hatte, vor allem von SPD-Regierungen entwickelt wurde, sich aber in den 2000er Jahren auch in den neuen stadtpolitischen «Leitbildern» der CDU und der schwarz-grünen Koalition manifestierte, sieht die Stadt, wie schon erwähnt, als «Unternehmen».

Die Behauptung fehlender stadtpolitischer Alternativen kommt an der Stelle ins Spiel, an der die mangelnde Handlungsfähigkeit lokaler Regierungen mit der «globalen» Standortkonkurrenz begründet wird. Diese wiederum gipfelt in der Vorstellung, dass Städte buchstäblich auch ihre natürliche Lage (z. B. den Fluss, die spezifische Landschaft oder die Reste öffentlicher Güter) zu vermarkten hätten. Gleichzeitig wird ein «neues» Men-

schenbild gezeichnet, denn es geht nicht allein um die Ansiedlung von «innovativen» Unternehmen (und «Clustern»), sondern um das Anlocken von jungen, dynamischen, kreativen Steuerzahlern, die den, im Neoliberalismus immer erwarteten, «Trickle-down-Effekt» garantieren sollen. Zentrale Projekte, die diese Art von Menschen «wieder in die Stadt holen» sollen, sind in Hamburg eben die HafenCity und der «Sprung über die Elbe».

Speziell in Wilhelmsburg handelt es sich dabei um die Sehnsucht nach dem Zuzug einer überwiegend weißen Mittelschicht, die auch in den IBA-Projekten hofiert wird, wie in der «Bauausstellung in der Bauausstellung» deutlich wurde – dem Ausstellungsgelände der IBA, wo, auf den Wohnungsbau bezogen, fast nur hochpreisige «Lösungen» vorgestellt wurden. Damit ist auch klar, was in dem oben zitierten Bild von Uli Hellweg als Kontrastfolie gemeint ist, aber nicht gesagt wird: Das Alte, Verkrustete ist das *Arbeiter- und-Migranten-Wilhelmsburg*, ein Teil der Vor- und Frühgeschichte, etwas, was mittlerweile so weit entfernt liegt und so wenig zu seinem Recht kommt, dass es entweder zur Idylle verklärt wird (wie die «bunte Welt» der Kioske oder die «multikulturelle» Buslinie 13) oder, wie meistens, nicht einmal mehr benannt wird. Zugespitzt wird dieses Bild in der von Hellweg und zahlreichen anderen Sprechern der IBA und der igs immer wieder reproduzierten Vorstellung von Wilhelmsburg als «Brache» – eine Spur, die auch der Hamburger Oberbaudirektor Jörn Walter in seiner ebenso prominenten Bilanz der IBA (Walter 2013: 48f.) aufgreift. Es ist eine Art Schöpfungsgeschichte. *Vorher* sei diese Gegend «brach» gewesen, *nachher* erscheint die Gegend als «gestaltet», versehen mit einem «Zukunftsversprechen».

Es stellt sich allerdings die Frage, wie diese Politik zu verankern ist: Auf welche sozialen Kräfte und Tendenzen lässt sich vor Ort auf *dieser* Grundlage bauen? Das obige Hellweg-Zitat enthält auch diese Dimension, denn es nimmt die Erfahrung vieler Menschen mit Bürokratien auf und stellt dieser Erfahrung ein Ideal des Selbst-Machens gegenüber. Eine der kuriossten Innovationen ist in diesem Zusammenhang die Verbindung von unantastbaren und unter Umgehung des Parlaments getroffenen, strukturierenden Grundsatzentscheidungen und einer in die eigene Pressearbeit integrierten funktionalistischen «Partizipation», mithin also die Aussetzung der Demokratie auf der einen und ihre Ersetzung auf der anderen Seite. Die Rolle der Bewohner soll dabei sein, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Paradigmatisch ist in dieser Hinsicht vor allem das Projekt der «Bildungsoffensive», in dem es um eine «Aktivierung der Potenziale» der Bewohner ging, die fast ausschließlich durch Anleitung und «Networking» in Licht gerückt werden sollten, während die materielle «Software» (im Gegensatz zur räumlichen Hardware) der Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen keineswegs verbessert, sondern eher verschlechtert wurde (vgl. Dokumentation, 2013).

Der *Diskurs der Aktivierung* ist also der Kitt des radikalen Umbaus. Es geht darum, die Selbständigkeit der von den sich zuspitzenden sozialen Polarisierungen Betroffenen zu fördern und die Verantwortung für ihre Lage ihnen selbst zuzuweisen. Es ist eine Ausformung eines späten Neoliberalismus, der noch immer den Versuch unternimmt, seinen Diskurs lokal zu verankern, obwohl längst klar ist, dass wir noch sehr lange auf den «neuen Menschen» und den durch ihn angestoßenen *Trickle-down*-Effekt warten müssen. Es ist daher nur als konsequent zu bezeichnen, dass der IBA Sozialpolitik und sozia-

le Wohnungsbaupolitik im Grunde fremd sind. Bei einer Bilanz der IBA, die sich an den sozialen Veränderungen orientiert, sollte daher die Wohnungsbaupolitik in den Mittelpunkt gestellt werden.

## Fragmente

Dabei ist zu beachten, dass Wilhelmsburg nicht einfach «ein Arbeiterviertel» ist, sondern auch eine Funktion im Transit zwischen Hafen und Autobahn und zwischen den bis in die Nazizeit eigenständigen Großstädten Hamburg und Harburg erfüllt. Insgesamt sind die Elbinseln durch diese Funktionen besonders belastet, aber auch weit weniger verdichtet als innerstädtische Hamburger Quartiere. Der Archipel zwischen Norder- und Süderelbe ist etwa 17 Kilometer lang, und er umfasst eine Fläche, in die anderswo ganze Großstädte passen. Es handelt sich um eine sehr zerklüftete und vielfältige Landschaft. Diese Gegend besteht aus lauter kleinen Inselchen. Etwa ein Drittel ist Hafen- und Industriegebiet (vor allem im Nordwesten). Neben dem landwirtschaftlich geprägten Südosten existieren sowohl der Massenwohnungsbau aus der NS-Zeit als auch die Hochhausprojekte und Trabantenstädte des späten Fordismus, die in den 1960er und 1970er Jahren errichtet wurden. Im Osten und Südosten gibt es darüber hinaus eine traditionelle Mittelschicht.

Verdichtete stadträumliche Situationen, die den innenstadtnahen Arbeitervierteln ähneln, gibt es in Wilhelmsburg vor allem im nahe dem Hafenanrand gelegenen Reiherstiegviertel und im Bahnhofsviertel. Hinzu kommt eine Massenwohnsiedlung aus der reformerischen Wohnungsbauära der 1920er Jahre, die administrativ eigenständige «Veddel». Daten des Statistischen Landesamts (2012), die sonst für Wilhelmsburg stark aggregiert und deshalb weniger aussagekräftig sind, können am Beispiel der Veddel die Entwicklung der sozialen Lage vor Ort illustrieren. Von den 4556 Bewohnern der Veddel waren 26% SGB-II-Empfänger (Hamburg insgesamt: 10,5%), der Anteil der SGB-II-Empfänger bei Menschen unter 15 Jahren betrug sogar fast 50% (Hamburg: 22,5%). Bei den SGB-II-Empfänger handelt es sich oft um *working poor*, der Anteil der Menschen mit niedrigen bis sehr niedrigen Einkommen ist außerordentlich hoch. Diese soziale Situation auf der Veddel ist häufig mit Migrationsgeschichte verbunden. Der Anteil der Bevölkerung, die unter die statistische Definition «Migrationshintergrund» fällt, liegt bei über 70% (Hamburg: 30%).

Alle Wilhelmsburger Quartiere haben gemeinsam, dass ihre infrastrukturelle Ausstattung weit schlechter ist als in reicheren Hamburger Stadtteilen. Auch ohne dass es verlässliche Daten gibt, kann man davon ausgehen, dass die soziale Lage in den genannten Wilhelmsburger Arbeiterquartieren ganz ähnlich ist, sich in einigen Straßenzügen sogar noch drastischer darstellen kann.

Die Frage ist nun, wie die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und die IBA- und igs-Strategien auf diese Quartiere gewirkt haben. Uli Hellweg und die IBA werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen der IBA und den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt gebe (zuletzt etwa hier: Hellweg 2013b). Moritz Rinn und Florian Hohenstatt haben diese Behauptung in einem vor einigen Monaten erschienenen Text sehr schlüssig widerlegt. Zunächst konstatieren sie, dass die mit

Berechtigungsschein zu beziehenden Wohnungen (relativ niedrigpreisiger, geförderter Wohnraum) zwischen dem Zeitraum der IBA-Gründung (2006) und 2011 in Wilhelmsburg (aggregiert) um rund 20% gesunken sind (Hohenstatt/Rinn 2013: 89), prognostiziert wird ein weiteres Sinken um 28% bis 2017. Hinzu kommt, dass die Stadt in den vergangenen Jahren vor allem für das Reihertiegviertel Regelungen erlassen hat, die den Bezug von solchen geförderten Wohnungen auch ohne den Nachweis eines niedrigen Einkommens ermöglichen. Während der sog. Sozialwohnungsbau (mit und ohne «Schein») seit langem auch für die Mittelschicht zugänglich ist, hat er dennoch aufgrund der lediglich leicht über der Inflation steigenden Mietpreise einen positiven Einfluss auf die Mietpreisentwicklung insgesamt. Der rapide Verlust von Sozialwohnungen führt allerdings dazu, dass in den «frei» werdenden Verträgen Steigerungen um derzeit 15% in drei Jahren möglich werden. Auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG und die lokalen Genossenschaften sind vor Ort dafür bekannt, dass sie derartige Spielräume bis zur Grenze des Erlaubten ausreizen (ebd.: 91).

Die Tatsache, dass die IBA kaum Neubauten initiiert hat, hat dazu beigetragen, dass die Gesamtzahl der Wohnungseinheiten bei einem konstanten Zuzug von Menschen insbesondere ins begehrte gründerzeitliche Reihertiegviertel kaum gestiegen ist. Es ist ein Mangel an Wohnraum entstanden. Da ist das größere Problem nicht einmal die Mietsteigerung in bestehenden Verträgen, sondern vor allem die Preissteigerungen bei Neuvermietungen, sie prägen die örtliche Wohnungssituation und erschweren es den Mietern zunehmend, gegenüber den Vermietern eigene Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Auf Grundlage von Zahlen, welche die IBA selbst ermittelt hat, konstatieren Hohenstatt und Rinn für gesamten Archipel eine Mietsteigerung von durchschnittlich rund 35% bei Neuvermietungen im Projektzeitraum.

Die IBA und ihr akademischer Begleitchor singen seit Jahren unverdrossen das Lied von der «Aufwertung ohne Verdrängung». Ihre Argumentation ähnelt schlagend dem, was Andrej Holm (2010) als «Abwehrstrategie» gegen die kritische Sozialwissenschaft in der Debatte um Gentrifizierung angeführt hat. Argument Nr.1 ist, dass die Folgen der aktuellen Wohnungsbaupolitik erst in vielen Jahren sichtbar sein werden; Argument Nr.2 ist, dass die Mieten in Gesamthamburg steigen würden, in St. Pauli etwa im selben Zeitraum stärker als in Wilhelmsburg. Dieser Vergleich nimmt allerdings Stadtteile zum Maßstab, in denen Wohnraumverknappung, Tourismus und Immobilienwirtschaft ein Amalgam eingegangen sind, das die Gentrifizierung in einem rekordverdächtigen Tempo vorangetrieben hat und damit zugleich eine der wesentlichen Grundlagen der Rechtauf-Stadt-Netzwerke gelegt hat. Vergleicht man Wilhelmsburg mit Stadtteilen wie Billstedt, die in der Vorsituation eine ähnliche Sozialstruktur aufwiesen, dann ist der Preissprung im IBA-Projektzeitraum trotz der statistisch mildernden Effekte von Größe und Diversität des Stadtteils (weite Flächen wurden von der IBA überhaupt nicht «berührt») fast doppelt so hoch. Insbesondere im Reihertiegviertel kann von einer noch erheblich verstärkten Entwicklung ausgegangen werden, die mit einiger, aus den vorhandenen Daten leider nicht zu extrahierenden, Sicherheit auch den Hamburger Rekord (St. Pauli) schlagen dürfte.

Insgesamt hat die IBA-Politik dazu beigetragen, dass die ohnehin in bundesdeutschen Großstädten in den 2000er Jahren immer prägnanter gewordene soziale Polarisierung in

den besonders von der Gentrifizierung betroffenen Gebieten sichtbar stark verstärkt wird. Im Reiherstiegviertel leben heute sowohl Menschen, die sich soeben Eigentumswohnungen für einige hunderttausend Euro gekauft haben (und zunehmend solche, die den *rent gap* auch individuell-privat nutzen, d. h. zugleich wohnen und *investieren*). Ihre Nachbarn sind Menschen, die soeben aus einem osteuropäischen Land migriert sind und sich für extreme Niedriglöhne im Hamburger Hafen verdingen (zur sozialen Topografie des Reiherstiegviertels vgl. auch Birke 2013a). Armut und Obdachlosigkeit sind in den letzten zwei, drei Jahren in diesem Viertel ebenso sichtbar geworden wie der (relative) Reichtum und die entsprechenden Angebote im Einzelhandel.

Zu dieser kleinräumigen Fragmentierung kommt eine klar abgrenzbare «flächige» Fragmentierung hinzu. Neben dem Reiherstiegviertel finden sich Quartiere wie das Korallus- und das Bahnhofsviertel, wo der Wohnungsbaubestand zum größten Teil der privaten Immobiliengesellschaft GAGFAH gehört, die unter anderem Hochhäuser aus den frühen 1970er Jahren und älteren Arbeiterwohnungsbau aus verschiedenen historischen Epochen Mitte der 2000er aufgekauft hat (vgl. Habermann/Hohenstatt 2013). Obwohl unweit der Neubauten auf dem IBA-Ausstellungsgelände gelegen, wurden hier zuletzt überhaupt keine Versuche einer «Aufwertung» im Sinne einer Steigerung des Gebrauchswerts des Wohnungsbestands mehr unternommen. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt macht sich dennoch massiv breit, denn die zunehmend verfallende Bausubstanz wird durch den ausschließlich an Renditeinteressen orientierten transnationalen Konzern maximal verwertet, mit der Folge einer Kombination aus schlechten Wohnbedingungen und teils exorbitant hohen Mieten.

Vorzeigeprojekt der IBA ist die Erneuerung des Massenwohnungsbaus im Bereich des südlichen Reiherstiegviertels – das zur SAGA/GWG gehörende sog. «Weltquartier» (Arbeitskreis Umstrukturierung 2013b). Dieses Quartier bestand bei Baubeginn 2009 aus etwa 800 Wohneinheiten für ungefähr 1500 Bewohner, deren soziale Zusammensetzung etwa der für die Veddel oben skizzierten Tendenz entsprach. Das «Weltquartier» gehört zu einem viel größeren Massenwohnungsbau-Komplex, den das NS-Regime als Wohnort für die deutschen Facharbeiter der hafennahen Rüstungsindustrie bauen ließ<sup>6</sup>, 1943 und 1944 gerade deshalb durch die alliierten Bombardierungen schwer beschädigt wurde und nach der Sturmflut von 1962 einer der Orte war, die die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft dem Verfall preisgab. Die Geruchsbelastung des Quartiers durch ein nahe gelegenes Ölwerk ist außerordentlich groß. Entsprechend waren die Wohnbedingungen in diesem Quartier *vor* dem Einzug der IBA sehr schlecht, aber die Mieten vergleichsweise sehr niedrig. Ein großer Teil des lokalen Bestands wurde nun in den letzten Jahren energetisch saniert und auf einen mittleren Wohnstandard gehoben und – unterstützt durch die Wohnungsbaukreditanstalt – mit einer Mietpreisbindung für gleich 30 Jahre versehen. Doch bevor die neuen Wohnungen bezugsfertig wurden, stieg deren Kaltmiete um durchschnittlich mindestens 20% bei gleichzeitiger Zusammenlegung vieler Wohnungen und einer entsprechenden Vergrößerung der Einzelwohnungen. Infolgedessen sind einerseits die Preise in den umgebenden (unsanierten) Beständen der SAGA gestiegen, mit der Folge, dass der außerordentlich hohe Anteil an SGB-II-Leistungsbeziehern aus dem Viertel gedrängt wird, andererseits drängen nun die Mittelschichten, die in zentraleren Lagen keinen «bezahlbaren» Wohnraum mehr finden, nun ins südliche Reiher-

stiegviertel. Nach neuesten Auskünften aus der SAGA/GWG kehrt – ganz im Gegensatz zu früheren Behauptungen – nur ein Drittel der Altmieten ins «Weltquartier» zurück, es findet also gerade in jenem Bauprojekt, das die «soziale Seite» der IBA reäsentieren soll, eine mittlerweile unbestreitbare Verdrängung der ärmeren Altmieten statt.

Das «Weltquartier» ist ein Vorzeigeprojekt und zeigt, was unter der derzeitigen sozialdemokratischen Regierung möglich ist. In den aktuellen Planungen ist für Wilhelmsburg weiterhin massiv Wohnungsbau vorgesehen, mit der IBA GmbH nach wie vor in «beratender» Rolle. Dass aber zwei Drittel dieses Wohnraums, wie es die zuständige Senatorin Jutta Blankau feinsinnig formuliert hat, «unbezahlbar» sein wird (HAB, 24. 7. 2012), wird die sozialen Gegensätze in Wilhelmsburg auch in Zukunft verstärken, und zwar wegen des Effekts der nachziehenden Mietpreisschraube in den noch unsanierten Wohnungsbeständen. Mieterinitiativen fordern deshalb einen «Mietpreisstopp» und «100%» sozialen Wohnungsbau.

## Bewegungen

Dabei ist es durchaus so, dass die Elbinseln – auch abgesehen von der Arbeiterbewegung und der historischen radikalen Linken – eine lange Geschichte urbaner sozialer Bewegungen vorzuweisen haben. So gab es seit den 1980er Jahren zahlreiche Bürgerinitiativen. Diese waren, wie überall, bunt zusammengewürfelt. Sozial war es die lokale aufstrebende intellektuelle Mittelschicht, die einen wichtigen Teil ausmachte. Weit weniger und meistens überhaupt nicht oder nur als «Klient» präsent war der große migrantische Teil der Bevölkerung. Die Initiativen wussten sich durchaus drastisch in Szene zu setzen, kämpften etwa mit einer Blockade der Elbbrücken teilweise erfolgreich gegen die Neuan siedlung einer Müllverbrennungsanlage, später gegen die Planung neuer Autobahntrassen durch den Stadtteil (ausführlich dazu: *Zukunft Elbinsel* 2012, *Humburg* 2012: 14–23).

Um die Jahrhundertwende begann die städtische Politik – viele der Aktivisten waren damals längst bei den Grünen oder sogar in der SPD gelandet – diese Gruppen einzubinden, was sich auch unter den verschiedenen CDU-geführten Regierungen seit 2001 höchstens für kurze Zeit änderte. Die ehemals Bewegten hatten sich nunmehr sozial und beruflich zum Teil gesetzt, und gemeinsam mit den Resten der sozialdemokratisch geprägten politischen Szene des Stadtteils arbeiteten sie nunmehr am Comeback Wilhelmsburgs auf der politischen Landkarte Hamburgs. Viele von ihnen forderten vehement eine Anerkennung und Aufwertung des Stadtteils, in dem sie lebten. Sie sahen den «Sprung über die Elbe» und die IBA als Chance, die eigenen Ziele umzusetzen. Nach der Eskalation der negativen Berichterstattung über den Stadtteil als «Bronx von Hamburg», wie der *Spiegel* im Jahre 2000 formulierte, wurde diese Haltung noch verstärkt und mündete schließlich 2001/2002 im «Weißbuch» der «Zukunftskonferenz Wilhelmsburg»: «Ohne Zukunftskonferenz keine IBA, und etliche Forderungen der ZUKO konnten mittlerweile durchgesetzt werden» (*Humburg* 2013: 19). Auch die IBA sieht sich selbst explizit in dieser Tradition.

Ein Schwerpunkt der Forderungen aus der «alten» Bürgerbewegung war die (damals allerdings ganz anders verstandene) Aufwertung und «Durchmischung» des Stadtteils (ebd.: 20f.). Entsprechend dieser Logik wurde einer bei der Sanierung des «Weltquar-



tiers» gegründeten Mieterinitiative von örtlich aktiven Bürgern vorgehalten, sie sei «gegen die Sanierung» und somit «gegen Verbesserungen». Einen Zugang zur (Kritik der) Wohnungspolitik hat diese Szene in sieben Jahren IBA nicht gefunden. Die an der Organisation des Alltags orientierten Initiativen der «AG Wohnen» gegen die GAGFAH im Korallusviertel, die massiv eine Verbesserung der Wohnsituation forderten, fanden ganz ohne die Beteiligung jener Gruppen statt. Gleichzeitig wurden die wichtigen Initiativen gegen den Bau einer neuen Autobahn fortgesetzt und durch ein Spektrum von vor allem betroffenen Reihenhausbesitzern erweitert. Eine kleinere «Fusion» zwischen den Spektren der «alten» und «neuen» Bürgerbewegung gab es vor allem im Kampf gegen die Naturzerstörung durch die Igs. Insgesamt blieb das Verhältnis aber prekär und in weiten Teilen durch Abgrenzung bestimmt.

Die Konstellation ist also komplex, und sie wird mit Blick auf das Thema der Bildungspolitik in ihrer Ambivalenz noch verstärkt. Zu den Forderungen des oben genannten Weißbuchs gehörte nämlich auch die nach einer nachhaltigen Verbesserung der Bildungssituation, vergegenständlicht in einer Liste, der man angesichts der katastrophalen Situation in vielen Bildungseinrichtungen auf den Elbinseln nur zustimmen kann. Es ging um die «Verbesserung der Kita-Situation, Förderung der frühkindlichen Bildungs- und Förderangebote, Verbesserung der Kommunikation zwischen Kitas, Schule und Eltern, Erhöhung der Sprachkompetenz, Verbesserung der therapeutischen Versorgung, Erhöhung der Lehrerkompetenz durch Fortbildung, Erhöhung der Schulabschlussquoten, Verstärkung der Bemühungen für den Übergang in den Beruf» (Dokumentation 2013). Die erwähnte «Bildungsoffensive» der IBA nahm diesen Impuls auf, wobei es ihr vor allem um die Koordination der verschiedenen Bildungseinrichtungen ging – eine lobenswerte Aufgabe, die jedoch den Haken hat, dass die Klassengrößen nicht durch «Koordination» verkleinert werden. Die Bilanz ist ernüchternd. Im Dezember 2012 schrieben 14 Schulleiter aus Wilhelmsburg und der Veddel einen «Brandbrief» (siehe «Quellen»). Beklagt wird dort, dass sich «die Bildungssituation in den letzten fünf Jahren [kaum verbessert] hat», kritisiert wird außerdem, dass teure «Leuchtturmprojekte», vor allem aufwändige Schulneubauten, nicht mit einer langfristigen personellen Ausstattung unterlegt seien. Rund «40% der Schüler» hätten «Defizite», mit denen sie «kaum Chancen haben, auf den regulären Arbeitsmarkt zu kommen» (ebd.).

«Bildungspolitik» war in IBA-Zeiten das Surrogat der Sozialpolitik. Die Ideologie, dass «Bildung» eine der Voraussetzungen für erfolgreiche Selbsthilfe sei, ist ein weiterer Schnittpunkt zwischen der Bürgerbewegung der 1990er und frühen 2000er Jahre und dem Projekt der Bauausstellung. In der Kritik der Schulleiter wird deutlich, wie stark diese Setzung an die Logik der «aktivierenden Sozialpolitik» gebunden ist: Namentlich gerät die «Bildung» hier deshalb in den Fokus, weil sie vorgeblich einen alternativen Weg zur «Selbstermächtigung» – und zwar explizit auch jenseits des Sozialstaats – zeichnet. Von dort führt die Spur zur Logik der «Partizipation», die ebenfalls in einem Kräftefeld verhandelt wird, in dem es zu deutlichen Widersprüchen zwischen strukturellen Voraussetzungen, asymmetrischen Machtverhältnissen und dem Appell an die «Beteiligung» einzelner Einzelner kommt.

Allerdings muss zugleich gesagt werden, dass die «Mittelschichten» ganz wesentlich auch die Träger der Proteste gegen die IBA waren – dies gilt für die Kampagne *IBA? Nigs-*

*da!* mit ihren gut besuchten Protesten gegen die Eröffnungsveranstaltungen und den diesjährigen Euromayday in Wilhelmsburg ebenso wie für viele Veranstaltungen des Arbeitskreis Umstrukturierung. Und auch aus den lokalen Mieterinitiativen gegen die GAGFAH oder im «Weltquartier» ist diese Gruppe nicht wegzudenken.

Eher als von einer konturierten Aufteilung, die sich auf das Verhältnis der verschiedenen Segmente der lokalen Klassengesellschaft zum Aufwertungsprozess bezieht, kann deshalb von Ambivalenz gesprochen werden – zwischen Verbesserung des Gebrauchswertcharakters von Immobilien und einer gleichzeitigen eskalierenden Bedeutung ihres Tauscherts –, die unterschiedliche Verhaltensoptionen enthält, die durchaus abwechselnd oder gar gleichzeitig ergriffen werden können. In diesem Prozess steht allerdings auch die Zuschreibung «Mittelschicht» schlechthin auf dem Spiel, denn eine der größten Gruppen, die sich an den Protesten gegen Gentrifizierung beteiligten (sie erreichten ihren Höhepunkt 2013), war die Kohorte der am stärksten von Prekarisierung betroffenen, jungen, meist in jüngster Zeit hinzugezogenen Bewohner des Reiherstiegviertels. Das hat wohl nicht allein mit einer Protestmode zu tun, sondern auch damit, dass auch in Deutschland eine hochqualifizierte Gruppe existiert, die auf den Arbeitsmärkten enormem Druck ausgesetzt und mit einem Armutsrisiko konfrontiert ist, mit dem die ältere Mittelschicht kaum zu tun hat. Ihre Nähe zu *Europas verlorener Generation* (Kathrin Strobel) ist offenbar sehr groß, ihre Kritik an der Verdrängung ärmerer Teile der Bevölkerung viel weniger altruistisch als noch vor wenigen Jahren. Auf dieser Grundlage kann es (muss aber nicht) zu einer Verbindung dieser Generation mit den in der Regel sehr schwer sichtbar zu machenden migrantischen und proletarischen Kämpfen kommen – siehe etwa die Proteste der Mieter im Korallusviertel oder zuletzt die Aktionen gegen die Schließung einer Migrationsberatungsstelle der Allgemeinen Sozialen Dienste im Wilhelmsburger Rathaus. In einem solchen, auch angesichts der aktuellen Kämpfe der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg stark zum Ausdruck kommenden, Solidarisierungspotenzial (vgl. <http://lampedusa-in-hamburg.tk>) liegt eine der Hoffnungen, dass es zu einer deutlichen praktischen Kritik des skizzierten «aktivierenden» Regimes kommt, das für die lokale Verankerung der neoliberalen Stadtpolitik noch immer so zentral ist (vgl. Birke 2013b).

Auffällig ist aber, dass es noch nicht so weit ist. Dies manifestiert sich auch im Verhältnis zwischen Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der oppositionellen Bewegungen im Stadtteil. Sehr erfolgreich, weil medial außerordentlich und auch über Hamburg hinaus präsent, war die Kampagne *IBA? Nigsda!*, vor allem mit ihrer Demonstration zur Eröffnung der Bauausstellung im März diesen Jahres. Die seit einigen Jahren begonnenen Versuche mit einer Alltags- und Basisorganisation – siehe vor allem die Kampagne gegen die GAGFAH – gingen demgegenüber unter. Wie ihre Kontinuität in einer Form gesichert werden kann, die dazu beiträgt, dass Stimmen *jenseits der Mittelschicht* auf Dauer einen Platz in der linken Öffentlichkeit und der kritischen Forschung einnehmen, bleibt derzeit eine offene Frage.

*Peter Birke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen und lebt in Hamburg-Wilhelmsburg. Er ist zusammen mit Max Henninger koordinierender Redakteur von Sozial. Geschichte Online sowie Mitherausgeber des Sammelbands Krisenproteste (Verlag Assoziation A, 2012).*

## Anmerkungen

1. Der vorliegende Text bilanziert die IBA vor allem aus ihrer eigenen Logik heraus und fragt nach ihrer sozialen Verankerung. Die städtischen Sozialbewegungen als ihr Antagonist treten nur am Ende des Textes kurz auf. Sie sind an anderer Stelle (auch) von mir vorgestellt worden, vgl. das Literaturverzeichnis. Viele Aspekte des Artikels wurden außerdem in der Diskussion des Arbeitskreises Umstrukturierung Wilhelmsburg bewegt, zuletzt insbesondere die Rezeption der IBA-Selbstbilanz, für deren Aufarbeitung ich namentlich Florian Hohenstatt danke.

2. Die HPA ist insofern eine konkurrierende Einrichtung, als sie das Flächenmanagement für den an Wilhelmsburg angrenzenden Hamburger Hafen verantwortet. Der durch den Hafen produzierte Flächenverbrauch, ebenso Belästigungen wie Verkehr, Lärm aller Art, Verschmutzungen, stehen dem Ansinnen einer Gentrifizierung an der Wasserkante in der Tat partiell entgegen.

3. Zur «IBA-Bilanz» gehört auch: tonnenweise Papier mit dem IBA-Logo im Stadtteil verteilt, im Laufe der sieben Jahre des Projektzeitraums fast 300 Presseerklärungen verschickt, einige Dutzend Bücher veröffentlicht. Zu Letzterem siehe [www.iba-hamburg.de/wissen/iba-schriftenreihe.html](http://www.iba-hamburg.de/wissen/iba-schriftenreihe.html).

4. Charakteristisch für die Wilhelmsburger Situation ist, dass der «Sprung über die Elbe» auch ein Sprung in einen Bereich ist, in dem der Hafen, die hafennahe Industrie und die Logistikunternehmen nicht nur weiterhin aktiv sind, sondern (durch die Krise nach 2008 nur kurzfristig verlangsamt) auch expandieren. Das Austarieren der unterschiedlichen Verwertungsinteressen – etwa zwischen teurem Wohnungsbau und dem Flächenverbrauch durch die ununterbrochene «Containisierung» – kann dementsprechend mühsam sein. Ein Spielraum entsteht hier aber faktisch vor allem durch die in Hamburg seit Jahren herrschende Wohnungsnot, die auch ungünstige Wohnlagen noch für eine Verwertung durch die Immobilienwirtschaft interessant macht. Eine detaillierte Untersuchung dieses Verhältnisses kann hier leider nicht geleistet werden; der These, dass die Konflikte zwischen den Verwertungsinteressen der Immobilienkonzerne und der Industrie die durch die Gentrifizierung produzierten sozialen Widersprüche unter den Bedingungen von Wohnraumangel verschärfen, sollte allerdings m. E. unbedingt nachgegangen werden.

5. Der Erfolg des Volksbegehrens zum Rückkauf der kommunalen Energienetze im September 2013 zeigt zugleich, dass diese Politik zunehmend umstritten ist, wenngleich abzuwarten bleibt, ob der Erfolg nicht, ähnlich wie das erfolgreiche Begehren gegen die Krankenhausprivatisierung Mitte der 2000er Jahre, vom Hamburger Senat «kassiert» wird.

6. In der IBA-Propaganda werden die roten Klinkerbauten der «Zwischenkriegszeit» oder «den 30er Jahren» zugeordnet, was ihnen wohl den Charme der Wohnungsbaureformen der Hamburger Schumacher-Epoche einhauchen soll. Als ehemaliger Bewohner des sogenannten «Weltquartiers» kann ich versichern, dass ein Besuch eines ehemaligen Bunkers in einem der Keller des «Weltquartiers» diese PR-Masche eindeutig dementiert. Aber nicht nur dort, auch als Historiker sträuben sich mir die Haare, vor allem, wenn man diese Geschichte mit dem Glätten und Schönmachen des weitgehend von hochqualifizierten Zwangsarbeitern errichteten naheliegenden Flakbunkers in Verbindung bringt. Dies ist ein Umstand, den die IBA-Propaganda übrigens ironischerweise gern verschweigt. Leider ist hier nicht der Raum, die Geschichtspolitik der IBA gründlich zu kritisieren, einige Hinweise finden sich aber in der wunderbaren Arbeit einer kanadischen Forscherin (Chamberlain 2012: insbesondere 29–37).

## Quellen

*Hamburger Abendblatt* (HAB), 15.10.2013, «Keiner will für igs-Minus verantwortlich sein».

HafenCity GmbH, Hamburg. [www.hafencity.com/de/ueberblick/hafencity-die-genese-einer-idee.html](http://www.hafencity.com/de/ueberblick/hafencity-die-genese-einer-idee.html).

Dokumentation zur «Bildungsoffensive». <http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/iba/die-verfehlte-bildungsoffensive>.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. [www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/stadtteildatenbank-und-karten-fuer-hamburg](http://www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/stadtteildatenbank-und-karten-fuer-hamburg).

«Brandbrief» der Schulleiter (2012). [www.news4teachers.de/2012/12/sozialer-sprengstoff-hamburger-schulleiter-schreiben-brandbrief-an-den-senat](http://www.news4teachers.de/2012/12/sozialer-sprengstoff-hamburger-schulleiter-schreiben-brandbrief-an-den-senat).

*Hamburger Abendblatt* (HAB), 24.7.2012, «Senatorin kämpft gegen die Vertreibung von Mietern».

## Literatur

Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU) (Hrsg.) (2013a): Unternehmen Wilhelmsburg. Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs. Hamburg 2013.

Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU) (Hrsg.) (2013b): Einige Anmerkungen zum «Weltquartier», <http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/2013-08-einige-anmerkungen-zum-weltquartier-so-wie-zur-mietenentwicklung-in-wilhelmsburg>.

Birke, Peter (2013a): Hochglanz und Schimmel. Mit der Buslinie 13 durch eine Hamburger Klassengesellschaft. In: AKU: Unternehmen Wilhelmsburg. S.12–24.

Birke, Peter (2013b): «Hallo, wer spricht?» Kommentar zu Margit Mayers «Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt». In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1: 175–179.

Brauriedl, Sybille (2009): Hamburger Leitbilder der Stadtentwicklung. [www.empire-stpauli.de/stadtplanung.php](http://www.empire-stpauli.de/stadtplanung.php).

Chambaerlain, Julie (2012): Who is Wilhelmsburg? Race and Space in Internationale Bauausstellung Hamburg. Universität Toronto. Masterarbeit, Manuskript.

Habermann, Tina/Florian Hohenstatt (2013): Im Schatten der Bauausstellung. Proteste und Perspektiven gegen unwürdiges Wohnen bei der GAGFAH. In: AKU: Unternehmen Wilhelmsburg. S.96–104.

Hohenstatt, Florian/Moritz Rinn (2013): Auseinandersetzungen um Wohnverhältnisse in Wilhelmsburg in Zeiten der IBA. In: AKU: Unternehmen Wilhelmsburg. S.83–95.

Hellweg, Uli (2013a): IBA, ein erster Blick zurück. In: IBA (Hrsg.): Metropole. Hamburg. S.20–47

Hellweg, Uli (2013b): Aufwertung ohne Verdrängung in Hamburg-Wilhelmsburg durch IBA und igs? Ein Gespräch mit Bettina Kein und Uli Hellweg. In: vhw (Hrsg.): Forum Wohnen und Stadtentwicklung. S.190–194.

Humburg, Manuel (2012): 50 Jahre Bürger-Engagement als Motor der Stadtteilentwicklung in Wilhelmsburg. In: Zukunft Elbinsel. Eine starke Insel. Selbstverlag. S.14–23.

IBA (Hg.) (2013): Metropole: Stadt neu bauen. Schriftenreihe «Metropole». Bd.7.

Holm, Andrej (2009): Mythos Soziale Mischung. In: analyse & kritik 526: 27.

Volkman, Rainer (2010): Konzeption und Kritik des Leitbilds «Metropole Hamburg – Wachsende Stadt». In: Rainer Volkman/Meinhardt Mäuche-Mäker (Hrsg.): Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen. Hamburg: GNN.

Walter, Jörn (2013), Erneuerung des Zukunftsversprechens. In: IBA: Metropole. Hamburg. S.48–77.

Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg (2012): Eine starke Insel mitten in der Stadt. Hamburg: Selbstverlag.